

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Florian Siekmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 30.03.2020

- mit Drucklegung -

Europäische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus

Die Solidaritätsklausel im Vertrag von Lissabon, Artikel 222 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), sieht vor, dass Mitgliedstaaten der EU, die von einer Naturkatastrophe, einer menschenverursachten Katastrophe oder einem Terroranschlag betroffen sind, größtmögliche Unterstützung von der EU und ihren Mitgliedstaaten erhalten.

Mit dem Frühwarn- und Reaktionssystem sowie dem Katastrophenschutzverfahren und der dazugehörigen Kapazitätsreserve rescEU stehen der EU verschiedene Mittel zur Verfügung, um in einem medizinischen Ausnahmezustand wie der aktuellen Corona-Krise zu handeln. Wie der italienische EU-Botschafter Maurizio Massari am 10. März 2020 in einem Beitrag für „Politico“ schrieb, hat jedoch kein EU-Mitgliedsstaat unmittelbar auf den Aufruf der Europäischen Kommission im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens zur Unterstützung Italiens bei der Bekämpfung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus reagiert (<https://www.politico.eu/article/coronavirus-italy-needs-europe-help/>). Zwar hat Deutschland mittlerweile medizinische Ausrüstung an Italien geliefert, ein Großteil der Hilfe kam jedoch von nicht-EU-Seite. Dies löste kürzlich eine neue Debatte über (mangelnde) europäische Solidarität und Zusammenarbeit aus.

Ich frage die Staatsregierung:

1.1 Welche konkreten Maßnahmen hat die Staatsregierung unmittelbar nach der Aktivierung des europäischen Frühwarn- und Reaktionssystems am 09. Januar 2020 ergriffen, um auf die Ausbreitung des Coronavirus zu reagieren? (Angabe bitte jeweils mit Datum)

1.2 Welche konkreten Schritte hat die Staatsregierung, nach der Aktivierung des Frühwarn- und Reaktionssystems am 09. Januar 2020 ergriffen, um ein koordiniertes Handeln auf europäischer Ebene in Bezug auf die aktuellen Herausforderungen durch das Coronavirus zu unterstützen?

2.1 In welchem Umfang hat die Staatsregierung bis zum 31. März 2020 bereits Pflegekräfte, Ärzt*innen sowie weitere medizinische Fachkräfte in andere EU-Mitgliedstaaten entsandt, um Expertise bzgl. der Behandlung durch das Coronavirus erkrankter Personen sowie der Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus zu sammeln?

2.2 In welchem Umfang plant die Staatsregierung, Pflegekräfte, Ärzt*innen sowie weitere medizinische Fachkräfte in andere EU-Mitgliedstaaten zu entsenden, um Expertise bzgl. der Behandlung durch das Coronavirus erkrankter Personen sowie der Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus zu sammeln?

2.3 In welchem Umfang hat die Staatsregierung bis zum 31. März 2020 Expertise aus anderen EU-Mitgliedstaaten bei der Behandlung durch das Coronavirus erkrankter Personen sowie der Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus genutzt?

3.1 Welche konkreten Maßnahmen plant die Staatsregierung über die Aufnahme von schwererkrankten Personen aus Italien hinaus, um andere EU-Mitgliedstaaten sowie europäische Regionen zu unterstützen und dadurch der Solidaritätsklausel aus dem Vertrag von Lissabon gerecht zu werden?

3.2 Welche konkreten Maßnahmen plant die Staatsregierung, um weitere EU-Mitgliedstaaten sowie europäische Regionen zu Solidarität gegenüber besonders von dem Coronavirus betroffenen Staaten und Regionen aufzurufen?

4.1 Welche konkreten Maßnahmen plant die Staatsregierung, um Pendler*innen über die bayerisch-tschechische Grenze, die von der Regelung der tschechischen Regierung, welche das Pendeln über die tschechische Grenze seit dem 26. März 2020 verbietet, betroffen sind, zu helfen?

4.2 Welche konkreten Maßnahmen hat die Staatsregierung bis zum 31. März 2020 getroffen, um den reibungslosen Transport lebensnotwendiger Ware wie medizinische Güter und Lebensmittel trotz Einreisebeschränkungen grenzüberschreitend zu garantieren?

4.3 Welche konkreten Maßnahmen plant die Staatsregierung, um den reibungslosen Transport lebensnotwendiger Ware wie medizinische Güter und Lebensmittel trotz Einreisebeschränkungen grenzüberschreitend zu garantieren?

5.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung darüber, dass Einreisebeschränkungen und Grenzkontrollen anderer Staaten des Schengen-Raums mit dem Bund abgesprochen worden sind?

5.2 In welchem Umfang fanden Beschlüsse zu Einreisebeschränkungen und Grenzkontrollen anderer Staaten des Schengen-Raums in unmittelbarer Absprache mit der Staatsregierung statt?

5.3 In welchem Umfang hat sich die Staatsregierung bei der Einführung der deutschen Einreisebeschränkungen und Grenzkontrollen mit anderen Staaten des Schengen-Raums, insbesondere den an Bayern angrenzenden Staaten, abgesprochen?

6.1 Welche Haltung hat die Staatsregierung zur Einführung sogenannter Corona-Bonds, um gemeinschaftlich gegen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Ausbreitung des Coronavirus vorzugehen?

6.2 Falls die Staatsregierung der Einführung ablehnend gegenübersteht, welche anderen Maßnahmen hält die Staatsregierung für geeignet, um besonders betroffene Regionen und Mitgliedsstaaten beim Umgang mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen zu unterstützen?

7.1 Wie viele Einsatzkräfte und medizinische Ausrüstung stehen Bayern zur Verfügung, um anderen europäischen Staaten bzw. Regionen damit bei der Bekämpfung der Ausbreitung sowie der Behandlung durch das Coronavirus erkrankter Personen zu helfen?

7.2 Wie viel medizinische Ausrüstung wie Beatmungsgeräte und Schutzmasken kann in Bayern noch produziert werden, um sie auf europäischer Ebene zur Verfügung zu stellen?

7.3 Wie viele Betten stehen in Bayern aktuell zur Verfügung, um weitere durch das Coronavirus erkrankte Patient*innen aus dem EU-Ausland zur Behandlung aufzunehmen?

8.1 Welche konkreten Schritte plant die Staatsregierung, um die Europäische Kommission im Rahmen von rescEU bei deren Plänen zur Beschaffung von medizinischer Ausrüstung und Medikamenten im Hinblick auf die EU-weite Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus zu unterstützen?

8.2 Inwiefern hat die Staatsregierung ihre durch Staatsminister Hermann im Bundesrat im Jahr 2018 geäußerte ablehnende Haltung gegenüber EU-eigener Kapazitäten im Katastrophenschutzverfahren angesichts der aktuellen Herausforderungen durch das Coronavirus geändert?